Presseschau vom 09.12.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.
Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.
Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.
Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“
Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Außer der Reihe – Lesetipps:

Finian Cunningham: **Nato: Das Hoffen auf den nächsten Schuss**
Das transatlantische Militärbündnis unter US-Führung braucht immer wieder Konflikte wie ein Junkie den nächsten Schuss. Anders kann die Allianz ihr Dasein nicht begründen. Diese pathologische Abhängigkeit wird anhand des neuen Nato-Dokuments umso mehr ersichtlich. …
https://snanews.de/20201209/nato-das-hoffen-auf-den-naechsten-schuss-83857.html

Ilona Pfeffer: **Bericht des UN-Flüchtlingshilfswerks: Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber im Corona-Jahr**
Die endgültigen Zahlen für 2020 stehen noch aus, doch laut dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR dürfte die Zahl der vertriebenen Menschen bereits Mitte des Jahres die 80-Millionen-Marke überschritten haben. Ein Bericht wurde dazu am Mittwoch in Genf vorgestellt. …
https://snanews.de/20201209/fluechtlinge-corona-bericht-89787.html

Liudmila Kotlyarova: **„Trennlinie zur AfD“? Merkel stellt Kritikern von Corona-Maßnahmen ihren DDR-Hintergrund entgegen**
Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am heutigen Mittwoch im Bundestag die Corona-Politik von Bund und Ländern in Schutz genommen und für einen härteren Lockdown geworben. Berufen hat sich die promovierte Physikerin unter anderem auf den eigenen

wissenschaftlichen Hintergrund sowie auf die Forderungen von Leopoldina. Doch ist das ausreichend? …
https://snanews.de/20201209/merkel-corona-wissenschaft-90743.html

Susan Bonath: **"Jahrhundert-Pandemie"? Kliniken melden weniger Lungenentzündungen und Beatmungsfälle als im Vorjahr**
Droht Kliniken samt Intensivstationen ein COVID-19-Kollaps? Sind sie wirklich stärker belegt als im Vorjahr? Neue Daten der Initiative Qualitätsmedizin zeigen das Gegenteil. Demnach sanken die Zahlen der Atemwegserkrankungen, der zu Beatmenden und der daran Verstorbenen sogar. …
https://kurz.rt.com/2d49

abends/nachts:

snanews.de: **Putin unterzeichnet Gesetzespaket über Primat der Verfassung in Russland**
Der russische Präsident, Wladimir Putin, hat am Dienstag ein Gesetzespaket unterzeichnet, welches zusätzliche Garantien für das Primat der Verfassung Russlands auf dem Territorium des Landes festlegt. Die entsprechenden Dokumente sind auf dem offiziellen Internetportal für rechtliche Informationen veröffentlicht worden.
Das Paket enthält fünf Initiativen mit Änderungen an mehr als 110 Gesetzgebungsakten Russlands, darunter das Zivilgesetzbuch, das Familiengesetzbuch, die Strafprozessordnung, die Schiedsgerichtsprozessordnung, die Zivilprozessordnung und die Verwaltungsverfahrenordnung. Die Änderungen am Familiengesetzbuch haben nun die erste Lesung in der Staatsduma (das Unterhaus des russischen Parlaments – Anm.d.Red.) durchlaufen.
Der Präsident unterzeichnete auch vier föderale Gesetze, darunter auch das föderale Gesetz über den Staatsrat.
Diese neu gegründete Behörde soll aus dem Regierungsvorsitzenden, den Vorsitzenden des Föderationsrates und der Staatsduma, dem Leiter der Administration des Präsidenten und den Leitern der Regionen bestehen. Darüber hinaus können auf Beschluss des Präsidenten Mitglieder politischer Parteien mit Fraktionen in der Staatsduma, Vertreter der lokalen Selbstverwaltung und andere Personen in den Rat aufgenommen werden. Geleitet wird der Staatsrat vom Präsidenten.
Der Staatsrat soll sich mit der Entwicklung von außen- und innenpolitischen Aufgaben, der Erörterung der Parameter des Haushaltsentwurfs und der Personalpolitik Russlands beschäftigen.
In seiner Entscheidung kann der Staatsrat auf die Notwendigkeit einer Gesetzesänderung hinweisen, ist jedoch nicht berechtigt, Rechtsvorschriften einzuleiten.
Das Gesetz über den Staatsrat enthüllt zum ersten Mal das Konzept eines einheitlichen Systems der öffentlichen Gewalt. Es wird darauf hingewiesen, dass das einheitliche System der öffentlichen Gewalt aus föderalen staatlichen und lokalen Behörden besteht, die ihre Aktivitäten zur Wahrung und zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Mensch und Bürger ausüben sowie Bedingungen für sozioökonomische Bedingungen Entwicklung des Staates schaffen sollen.
Im Juli hatten die Bürger Russlands in einer Abstimmung mehrheitlich die größte Verfassungsänderung in der Geschichte des Landes unterstützt. Die neue Verfassung beinhaltet viele soziale Versprechen wie etwa eine jährliche Rentenanpassung. Gegner der Verfassungsreform kritisieren diese jedoch als Versuch Putins, seine Macht zu erhalten. In dem neuen Grundgesetz steht zwar, dass kein Präsidentschaftskandidat mehr als zwei Mal das höchste Amt bekleiden darf. Doch der amtierende Präsident wäre nicht von der neuen Regelung betroffen, da diese nicht rückwirkend gilt: Putin könnte also 2024 erneut

kandidieren.

https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/01/45562_0:0:3072:1728_600x0_80_0_0_c77b75fe593e7882d250728c749eeb76.jpg

snanews.de: **Peking beschuldigt Washington der Manipulation bei Protesten in Hongkong**

Die USA haben laut dem chinesischen Vize-Außenminister Zheng Zheguang unter dem Vorwand des Schutzes der Demokratie, der Menschenrechte und der Autonomie Hongkongs in die inneren Angelegenheiten Chinas eingegriffen. Dem Diplomat zufolge war Washington der größte Manipulator hinter den Kulissen der jüngsten Proteste in Hongkong.

Zheng Zeguang hat am Dienstag den Geschäftsträger der US-Botschaft, Robert Forden, vorgeladen, um den Protest im Zusammenhang mit der Verhängung von Sanktionen gegen 14 Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses wegen Hongkong auszudrücken.

„Im Laufe eines bestimmten Zeitraums haben die USA verschiedene Methoden verwendet, um sich unter dem Vorwand des Schutzes der Demokratie, der Menschenrechte und der Autonomie Hongkongs in Angelegenheiten von Hongkong einzumischen. Sie förderten und unterstützten kriminelle Handlungen, einschließlich Separatismus und ungeordnetes Verhalten. Sie verhängten auch die sogenannten Sanktionen gegen Beamte der Zentralregierung von China und die Regierung von Hongkong“

Ihm zufolge „beweist das alles, dass die USA der größte Manipulator hinter den Kulissen der jüngsten Unruhen in Hongkong sind“.

Der Diplomat betonte, dass die chinesische Regierung unerschütterlich entschlossen sei, sich einer Einmischung von außen in die Angelegenheiten Hongkongs zu widersetzen, sowie die Politik „Ein Land, zwei Systeme“ umzusetzen, um die Souveränität, Sicherheit und Entwicklungsinteressen des Landes zu schützen.

„Als Reaktion auf die US-Sanktionen wird China gleichwertige Gegenmaßnahmen und weiterhin alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Souveränität, Sicherheit und Entwicklungsinteressen des Landes zu schützen. China rät den USA, ihre Fehler sofort zu korrigieren, die Entscheidung abzuschaffen und sich nicht mehr in Hongkong und Chinas innere Angelegenheiten einzumischen. Andernfalls liegt die Verantwortung für die schwerwiegenden Folgen allein bei der amerikanischen Seite“, unterstrich er.

Am Montag hatte Washington laut dem US-Finanzministerium Sanktionen gegen 14 Mitglieder des Nationalen Volkskongresses verhängt. Der Grund dafür war der Rücktritt von Mitgliedern des Legislativrats von Hongkong. Die Sanktionen bedeuten die Beschlagnahme von Eigentum und Bankgeldern, sowie ein Verbot für amerikanische Staatsbürger, mit den Personen auf der Sanktionsliste Geschäfte zu machen. Auf Beschluss des US-Außenministeriums werden Visa-Einschränkungen eingeführt.

https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/08/78764_0:212:3264:2048_600x0_80_0_0_5aeb9500c947179fa11f5704643f679c.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 8. Dezember 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **Tests von Pfizer-BioNTech-Impfstoff gegen Corona: US-Behörde meldet sechs Todesfälle**
Sechs Menschen sind während der Tests des von Pfizer und BioNTech entwickelten Impfstoffs gestorben. Das geht aus einem entsprechenden Bericht der US-Behörde für Lebens- und Arzneimittel (U.S. Food and Drug Administration, FDA) hervor.
„Insgesamt sechs (zwei in der Vakzinierungs- und vier in der Placebogruppe) der registrierten 43.448 Teilnehmer sind während der Berichtzeit vom 29. April 2020 bis zum 14. November 2020 gestorben“, heißt es im 53-seitigen Dokument, das für die FDA-Sitzung am 10. Dezember vorbereitet wurde.
Im Schreiben heißt es, dass ein Opfer aus der Vakzinierungsgruppe an Arteriosklerose gelitten hat. Der Freiwillige starb drei Tage nach der ersten Dose des Präparats. Ein weiteres Todesopfer aus dieser Gruppe hatte 62 Tage nach dem Erhalt der zweiten Impfstoffdose einen Herzstillstand und starb drei Tage später.
Aus der Placebogruppe starb eine Person an einem Herzinfarkt und eine weitere an einem Schlaganfall. Die Todesursache zweier weiterer Teilnehmer dieser Gruppe wird noch geklärt.
Laut dem Dokument waren drei der sechs Todesopfer älter als 55 Jahre.
Darüber hinaus heißt es im Text der FDA, dass Pfizer und BioNTech angemessene Informationen vorgelegt hätten, die die Qualität des Impfstoffs garantieren.
Impfstoff von BioNTech/Pfizer
Am 9. November hatte das Mainzer Pharmaunternehmen BioNTech mitgeteilt, dass seine Impfung einen mehr als 90-prozentigen Schutz vor der Krankheit Covid-19 biete. Der Befund basiere auf den Zwischenergebnissen der für eine Zulassung entscheidenden Studienphase.
Der Impfstoff BNT162b2 war von BioNTech im Projekt „Lighspeed“ (Lichtgeschwindigkeit) seit Mitte Januar entwickelt worden. Die für eine Zulassung entscheidende Phase-3-Studie begann Ende Juli in verschiedenen Ländern. Ein Impfschutz wird nach Angaben der Hersteller eine Woche nach der zweiten Injektion erreicht.
Das BioNTech-Präparat ist ein sogenannter RNA-Impfstoff. Es enthält genetische Informationen des Erregers, aus denen der Körper ein Viruseiweiß herstellt – in diesem Fall das Oberflächenprotein, mit dessen Hilfe das Virus in Zellen eindringt. Ziel der Impfung ist es, den Körper zur Bildung von Antikörpern gegen dieses Protein anzuregen, um die Viren abzufangen, bevor sie in die Zellen eindringen und sich vermehren.

https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/08/71258_0:0:3581:2014_600x0_80_0_0_cfa7d4ee950873dae1ed379650b50f61.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 8. Dezember 3:00 Uhr bis 9. Dezember 3:00 Uhr**
Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.
Um 8:47 Uhr wurden zwei Detonationen im Gebiet von Wodjanoje registriert.
Um 12:00 Uhr wurde im Gebiet von Opytnoje die Durchführung technischer Arbeiten festgestellt.
Um 13:28 Uhr wurden im Gebiet von Wodjanoje zwei Detonationen in der Folge der Durchführung von technischen Arbeiten der BFU registriert.
In den vorangegangenen 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

deutsch.rt.com: **Peking kündigt Gegenmaßnahmen für US-Sanktionen an**
Peking hat am Dienstag davor gewarnt, dass es Gegenmaßnahmen ergreifen werde, nachdem Washington Sanktionen gegen 14 chinesische Beamte wegen eines angeblichen "Angriffs auf die demokratischen Prozesse in Hongkong" verhängt hatte.
China werde "entschiedene Gegenmaßnahmen gegen die böswilligen Aktionen der USA ergreifen, um unsere Souveränität, Sicherheit und Entwicklungsrechte zu schützen". Das erklärte die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Hua Chunying, am Dienstag vor Journalisten. Sie drängte Washington ebenfalls dazu, seine Entscheidung, Sanktionen gegen China zu verhängen, zurückzuziehen.
Peking sehe sich zu Vergeltungsmaßnahmen veranlasst, nachdem die Vereinigten Staaten am Montag finanzielle Sanktionen und ein Reiseverbot gegen 14 chinesische Beamte verhängt hatten, die Washington beschuldigte, angeblich eine Rolle bei der Absetzung von einigen Oppositionsabgeordneten in der chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong im vergangenen Monat gespielt zu haben. Hongkongs Regierung schloss vier Oppositionelle aus dem Regionalparlament aus, nachdem der chinesische Volkskongress, das oberste legislative Organ der Volksrepublik, der Stadt solche Befugnisse übertragen hatte. Dieser Schritt löste Rücktritte von vielen oppositionellen Hongkonger Gesetzgebern aus.
Die USA nahmen bei ihren Sanktionen unter anderem die stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses ins Visier.
Die Sanktionen verbieten den 14 Einzelpersonen und deren unmittelbaren Familienangehörigen die Einreise in die USA. Zudem werden alle Vermögenswerte, über die die Beamten dort verfügen könnten, blockiert.
"Der unnachgiebige Angriff Pekings auf die demokratischen Prozesse in Hongkong hat den

Legislativrat ausgeweidet und das Gremium zu einem Stempel ohne sinnvolle Opposition gemacht", erklärte US-Außenminister Mike Pompeo.
Am Montag reagierte Hua auf Berichte, denen zufolge die USA möglicherweise Sanktionen gegen weitere chinesische Beamte verhängen werden, und warnte davor, dass Peking dagegen "notwendige Gegenmaßnahmen ergreifen" werde.
Sie twitterte, dass Peking die "bösartigen Angriffe" Pompeos gegen Chinas politisches System und die Einschränkungen des zwischenmenschlichen Austausches verurteilt. "Das Anstiften zu ideologischer Konfrontation wird die Beziehungen zwischen China und den USA nur weiter sabotieren und liegt nicht im Interesse der beiden Völker."
Bereits im August verhängte die Trump-Regierung Sanktionen gegen Hongkongs Regierungschefin Carrie Lam und andere Spitzenbeamte wegen ihrer, wie sie es nannte, Rolle bei der Beschneidung von Freiheiten.

Lug-info.com: In der LVR sind am 9. Dezember um 9:00 Uhr 1850 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 1615 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 154 Todesfälle.

snanews.de: **Trotz der Veto-Drohung Trumps: US-Repräsentantenhaus verabschiedet Militäretat für 2021**
Trotz einer Veto-Drohung von US-Präsident Donald Trump hat das Repräsentantenhaus des US-amerikanischen Kongresses den Gesetzentwurf zum Verteidigungshaushalt für 2021, der unter anderem Sanktionen gegen russische Gaspipelines vorsieht, gebilligt, wie das Portal „Defense News“ berichtet.
Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump gedroht, dieses Dokument mit einem Veto zu belegen. Trump soll mit einigen konkreten Bestimmungen nicht einverstanden gewesen sein. Der Kongress ignorierte aber bisher die Drohungen des scheidenden Präsidenten.
In der Kongresskammer votierten am Dienstagabend (Ortszeit) 335 Abgeordnete für die Gesetzesvorlage, nur 78 Abgeordnete stimmten dagegen.
In dem Haushaltsentwurf mit einem Volumen von 740,5 Milliarden US-Dollar (611 Milliarden Euro) seien die Erweiterung der Sanktionen gegen die Gaspipelines „Nord Stream – 2“ und „Turkish Stream“, weitere Lieferungen von Waffen an die Ukraine, das Verbot der Zusammenarbeit zwischen US-amerikanischen und russischen Militärs, Sanktionen gegen die Türkei wegen der Anschaffung von russischen Fla-Raketen-Komplexen S-400 und andere gegen Moskau gerichtete Maßnahmen vorgesehen.
Das Dokument wurde von mehr als 300 Abgeordneten des Repräsentantenhauses unterstützt, das heißt von mehr als zwei Dritteln der insgesamt 438 Abgeordneten. Somit könnte die Kammer notfalls Trumps Veto überwinden. Dies müsste aber auch der Senat tun, der noch nicht über den Gesetzentwurf abgestimmt hat.
Mögliche Umbenennung von Militärstützpunkten
Trumps Drohung, den Verteidigungshaushalt mit einem Veto zu blockieren, hat mit der Absicht des Kongresses zu tun, Militärstützpunkte, die den Namen der Militärchefs des Südens während des Amerikanischen Bürgerkrieges tragen, wo es zu der Zeit weiterhin Sklaverei gab, umzubenennen.
Die Befürworter dieser Maßnahme sagen, dass dies helfen werde, gegen Rassismus zu kämpfen, während die Gegner von einer unnötigen Abrechnung mit der US-amerikanischen Geschichte sprechen.
Streit über Reglementierung von Online-Plattformen
Unter anderem forderte der Präsident, dass im Gesetz Maßnahmen zur Verantwortung von sozialen Netzwerken und Massenmedien für den von ihnen veröffentlichten Content verankert

würden.
Diese Maßnahmen betreffen nicht die Verteidigung, sondern Trumps persönliche Accounts und die sozialer Netzwerke. Twitter, Facebook und andere Plattformen markierten oft Trumps Aussagen als Fehlinformationen oder fragwürdigen Content.
Trump wirft ihnen Zensur und Versuche vor, die Politik zu beeinflussen. Wenn soziale Netzwerke und Medien für die Veröffentlichungen ihrer Nutzer haftbar gemacht würden, werde dies gegen die Tradition in den Vereinigten Staaten verstoßen und könne de facto die Tätigkeiten von Massenmedien sehr erschweren. Der Kongress unterstützt den Präsidenten in dieser Frage nicht.
Noch diese Woche soll der Senat über den Haushalt abstimmen. Damit das Gesetz in Kraft tritt, muss es Trump noch unterzeichnen.

https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/09/80995_0:288:3077:2018_600x0_80_0_0_89d1708ddabb707da419dd5c97882347.jpg

мзднр.рус: Am 8. Dezember wurden in der DVR 484 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 155 positiv, bei 14 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 aufgrund klinischer Merkmale gestellt.
Am 9. Dezember um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 11.864 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
4668 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 6805 als gesund entlassen, es gibt 1111 Todesfälle.
In den letzten 24 Stunden wurden 112 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 10 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 81 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1613 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 511 mit Sauerstoffunterstützung (+22 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

snanews.de: **Russlands Premier schließt explosionsartige Nachfrage nach russischem Corona-Impfstoff nicht aus**
Russlands Premierminister Michail Mischustin hat am Mittwoch erklärt, dass eine explosionsartige Nachfrage im Ausland nach dem russischen Corona-Impfstoff möglich sein wird.
Mischustin äußerte während der Plenarsitzung des internationalen Exportforums „Made in Russia“:
„Möglich ist eine große, wörtlich explosionsartige Nachfrage nach einem derzeit so gefragten Produkt wie dem Corona-Impfstoff.“

Er betonte aber, dass in erster Linie die russischen Bürger mit dem Impfstoff versorgt würden.

Russische Impfstoffe

Das russische Gesundheitsministerium hatte Anfang August den weltweit ersten Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus registriert, der den Namen „Sputnik V“ erhielt. Er wurde vom Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie mit Unterstützung des russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) entwickelt. Die Wirksamkeit des Impfstoffs „Sputnik V“ belief sich nach der zweiten Zwischendatenanalyse am 28. Tag nach Verabreichung der ersten Immunisierung an Freiwilligen auf 91,4 Prozent. 42 Tage nach der ersten Dosis des Impfstoffs betrug die Wirksamkeit mehr als 95 Prozent.

Im Oktober wurde die Registrierung eines weiteren Impfstoffs – „EpiVacCorona“ – abgeschlossen, der vom staatlichen Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie „Vektor“ entwickelt wurde. Die Massenimpfung damit ist nach Angaben des Zentrums für das Jahr 2021 geplant.

Ein dritter russischer Impfstoff, vom Tschumakow-Forschungszentrum für immunobiologische Präparate der Russischen Akademie der Wissenschaften, befindet sich derzeit im klinischen Erprobungsstadium.

https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/09/83626_0:0:3072:1728_600x0_80_0_0_7dc6e9cbadaa2274abf3fac9374f1dee.jpg

dan-news.info: **Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zur Erklärung von Krawtschuk über eine Sackgasse im Minsker Prozess**

Die weiteren Aussagen des Leiters der ukrainischen Delegation in Minsk enthalten wieder Thesen, die nicht nur dem Maßnahmekomplex, sondern auch einander widersprechen.

So erklärt Herr Krawtschuk, dass die Verhandlungen im Minsker Format nur taktische, Detailfragen lösen könnten, aber die globale Frage - der „Krieg“ bliebe dennoch ungelöst.

Dazu haben wir eine erwidernde Frage: Wann wird die ukrainische Regierung endlich begreifen, dass der Konflikt im Donbass nicht einfach so aufgetaucht ist und eine gewichtige Ursache hat, für deren Regelung der Minsker Verhandlungsprozess auch existiert?

Wir haben sie mehrfach genannt, unter anderem bei der kürzlichen Sitzung beim UN-Sicherheitsrat, aber speziell für Leonid Makarowitsch sind wir bereit, sie noch einmal zu wiederholen. Grundlegende Ursache des Konflikts im Donbass ist der aggressive Widerstand Kiews dagegen, die Meinung der Einwohner des Donbass zu hören und zu berücksichtigen. Gerade deshalb sind wir im Frühjahr 2014 auf Kundgebungen und Märsche gegangen, gerade deswegen wurde das Referendum durchgeführt, das das Bestreben des Donbass festgehalten hat, unabhängig von Kiew zu leben. Und bei allen folgenden Verbrechen und unmenschlichen Handlungen der Ukraine wurde dieses Bestreben nur immer weiter gefestigt.

Also, wenn Kiew sich über die Ineffektivität der Friedensverhandlungen beklagt und dabei nichts tut, damit diese Effektivität entsteht, nehmen wir solche Erklärungen ausschließlich als Heuchelei und Demagogie auf. Der Minsker Prozess befindet sich in einer Stagnation ausschließlich durch die Schuld der ukrainischen Seite, die wir nun schon seit fünf Monaten

zu überreden versuchen, wenigstens ihre Unterstützung der Minsker Vereinbarungen auf der Ebene der höchsten Staatsorgane zu bestätigen. Und wir erinnern uns noch daran, dass heute der 9. Dezember 2020 ist, genau der Tag, bis zu dem dem ukrainische Präsident versprach Frieden im Donbass zu erreichen. Aber es hat sich immer noch nichts geändert, in erster Linie deswegen, weil die ukrainische Regierung sehr gern den Wagen vor das Pferd spannt und über irgendwelche detaillierten, lokalen Fragen sinniert, statt zur Beseitigung des fundamentalen Widerspruchs zu schreiten – des Fehlens einer wirklichen Bereitschaft in Kiew, die Einwohner des Donbass zu hören und ihnen zuzuhören.

snanews.de: **Neues Verfahren aus Russland spart wertvollen Rohstoff für Elektronikbranche**

Eine effektive Methode zur Bearbeitung eines der wichtigsten Rohstoffe in der modernen Elektronik - Indiumzinnoxid (ITO) – haben Forscher der russischen Nationalen Universität für Nuklearforschung MEPhI vorgeschlagen. Mit der neuen Technologie können die begrenzten Vorräte des kostspieligen Indiums effektiver und sparsamer genutzt werden.

Die entsprechende Forschungsarbeit wurde in der Zeitschrift „Materials Letters“ veröffentlicht.

Als transparente Elektrode wird eine Gruppe von in der Elektrotechnik populären Materialien bezeichnet, die gleichzeitig über gute elektrische Leitung und Transparenz verfügen. Solche Eigenschaften haben vor allem Metalloxide.

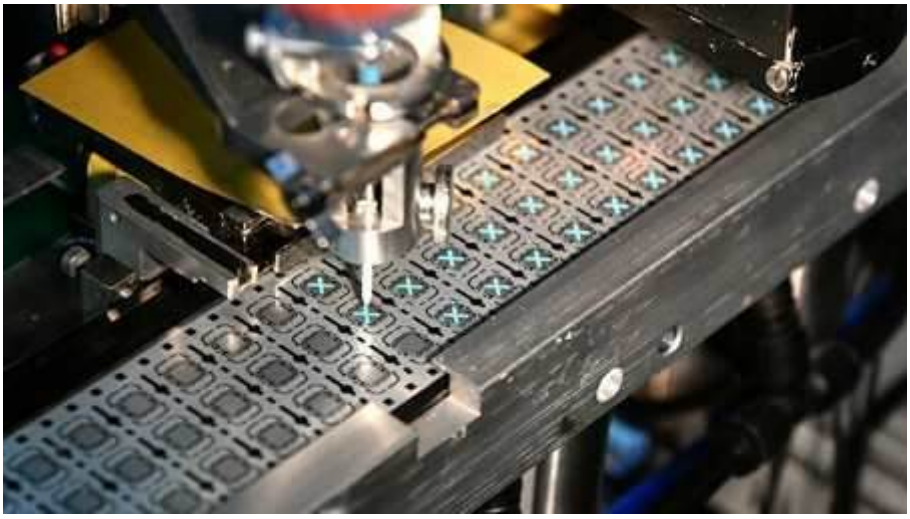
Indiumzinnoxid (ITO), das zu dieser Gruppe gehört, ist laut den MEPhI-Wissenschaftlern einer der wichtigsten Rohstoffe in der modernen Elektronikindustrie. Ohne dieses Material kommt fast kein Computer, Smartphone bzw. Fernsehgerät aus. Zudem ist er in der Photovoltaik sehr gefragt – bei der Herstellung von Solarzellen.

Den Wissenschaftlern zufolge muss ITO zur Anwendung in elektronischen Geräten oft einer komplexen thermischen Bearbeitung bei 400 Grad in einer Sauerstoff- bzw. Stickstoff-Atmosphäre unterzogen werden, was zur Verschlechterung der strukturellen, optischen und elektrischen Eigenschaften des Materials führt. Die neue Methode zur Bearbeitung von ITO, die MEPhI-Wissenschaftler angeboten haben, lässt dies völlig vermeiden.

„Die Bearbeitung mit der traditionellen Methode führt zur Reduzierung der Beweglichkeit der Elektronen um mehr als 50 Prozent, zudem nimmt der elektrische Widerstand des Rohstoffs um 100 Prozent zu. Das ist eine markante Minderung der Eigenschaften, die die Möglichkeiten dieses wertvollen Rohstoffs und Gerätes verschlechtert. Wir haben festgestellt, dass die thermische Bearbeitung in einer Kohlenwasserstoff-Atmosphäre bei 400 Grad fast zu keiner Verschlechterung der ITO-Eigenschaften führt“, sagte der Dozent des Lehrstuhls für physikalische Probleme der Werkstoffkunde der MEPhI Smagul Karaschanow.

Der Bedarf an Indium wächst nach Angaben der Forscher, doch die Vorräte sind stark begrenzt, und der Preis ist sehr hoch. Die von den MEPhI-Forschern erhaltenen Ergebnisse können dabei helfen, eine sparsamere und effizientere Strategie zur ITO-Anwendung in der modernen Industrie zu entwickeln.

Die Studie wurde zusammen mit Spezialisten der Madurai Kamaraj University (Indien) und der Universität Oslo (Norwegen) durchgeführt. Weiter wollen die Wissenschaftler den physikalisch-chemischen Mechanismus der thermischen ITO-Verarbeitung in Kohlenwasserstoff detailliert erforschen sowie mehrere elektronische Elemente auf Grundlage dieser neuen Methode ausarbeiten.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/09/84698_0:85:2960:1750_600x0_80_0_0_cf5aa93bb6f763cb8acd80b59ece632a.jpg

snanews.de: **Russland richtet Dokumente zu zweitem Corona-Impfstoff an WHO**
Die russische Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadsor hat laut ihrer Leiterin Anna Popowa Dokumente über den zweiten Impfstoff „EpiVacCorona“ an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Kenntnisnahme gerichtet.
„Am 8. Dezember wurden Dokumente für einen weiteren russischen Impfstoff - ‚EpiVacCorona‘ - an die Weltgesundheitsorganisation gerichtet, und wir erwarten eine Entscheidung der Weltgesundheitsorganisation“, sagte Popowa bei einer Konferenz, die dem Kampf gegen die neue Coronavirus-Infektion und andere Infektionskrankheiten gewidmet war.
Unter anderem teilte Popowa mit, dass bisher etwa 1000 Freiwillige im Rahmen der Nachregistrierungstests mit „EpiVacCorona“ geimpft worden seien.
„Zurzeit gehen die Nachregistrierungsforschungen des Impfstoffs, eines Peptidimpfstoffes, den ‚Vektor‘ entwickelt hat, weiter. Bisher ist 1000 Menschen im Rahmen der klinischen Nachregistrierungsstudien das Vakzin verabreicht worden“, betonte Popowa.
Zudem verwies sie darauf, dass die Studie gut verlaufe. Alle seien wohlauf, Komplikationen gebe es keine.
„EpiVacCorona“
Der zweite russische Corona-Impfstoff mit dem Namen „EpiVacCorona“ wurde vom staatlichen Forschungszentrum „Vektor“ der Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadsor entwickelt.
Am 17. November hatte der Generaldirektor des Nowosibirsker Forschungszentrums „Vektor“, Rinat Maksjutow, mitgeteilt, dass der Impfstoff auf der Basis von Peptidantigenen am 13. Oktober registriert worden sei und sich in der dritten Phase der Nachregistrierungstests befinde.
Ihm zufolge enthält dieser Impfstoff nur kurze Abschnitte eines viralen Proteins, was seine Sicherheit erhöhe. Dies ermögliche, ihn für Menschen mit geschwächter Immunität und immunsuppressiven Zuständen zu verwenden, erklärte Maksjutow.

https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/09/85777_0:161:3071:1888_600x0_80_0_0_954d8bc05d585d38bf3176c4bd88d247.jpg

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 09.12.2020**

Trotz der Versuche der Mitglieder der Kontaktgruppe, einen Prozess der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass aufzubauen, verletzen ukrainische Kämpfer weiter die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung, die seit dem 27. Juli dieses Jahres gelten.

Bis jetzt hat die ukrainische Seite keine Ergebnisse von Ermittlungen zu den Fällen von Beschuss vorgelegt: 4. Dezember – Leninskoje, in dessen Folge zwei unserer Soldaten starben; 5. Dezember – Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, wo zwei Wohnhäuser beschädigt wurden.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine zweimal den ersten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen verletzt, nämlich das Verbot von Angriffs-, Aufklärungs- und Diversionshandlungen.

In **Richtung Donezk** haben unsere Videobeobachtungssysteme einen Fall von **Durchführung technischer Arbeiten** von Kämpfern des 37. Bataillons der 56. Brigade der BFU zur zusätzlichen Ausrüstung ihrer Positionen im Gebiet von Opytnoje erfasst.

In **Richtung Mariupol** haben Straftruppen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade **technische Arbeiten auf den Positionen im Gebiet von Wodjanoje** durchgeführt, wo gestern festgestellt wurde, dass drei Kämpfer auf Minen gerieten. Um gefahrlos neue Positionen ausrüsten und das Leben der Kämpfer der 36. Brigade zu erhalten, ist im Gebiet von Wodjanoje eine Gruppe von Pionieren eingetroffen. Bei ihrer Arbeit wurden vier Detonationen registriert. Wir schließen nicht aus, dass die Fälle von Geraten auf Minen gemäß einer Vereinbarung des Kommandos der 36. Brigade mit dem GZKK der Ukraine als Beschuss von Seiten der Volksmiliz dargestellt werden.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer des 37. Bataillons der 56. Brigade der BFU die **Durchführung technischer Arbeiten auf den Positionen im Gebiet von Opytnoje** fortgeführt, in deren Verlauf gab es zwei Detonationen.

Wir rufen die Beobachter der OSZE-Mission auf, die oben genanten Fälle von Verstößen durch die ukrainische Seite, die demonstrativ die erreichten Vereinbarungen missachtet und mit der Ausrüstung von Positionen zielgerichtet die Lage verschärft, zu registrieren und zu berücksichtigen.

Gleichzeitig besteht weiter die Aktualität einer Durchführung einer gemeinsamen Inspektion der OSZE, des GZKK der DVR und der Ukraine der Positionen im Gebiet von Schumy.

Im September dieses Jahres ist es dank der Anstrengung des Republikoberhaupts gelungen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der internationalen Beobachter auf den Fall von Ausrüstung neuer Positionen durch Kämpfer der BFU im Gebiet von Schumy zu lenken. Aber eine gemeinsame Inspektion wurde demonstrativ von der ukrainischen Seite zum Scheitern

gebracht.
Am 7. Dezember haben unsere Videobeobachtungssysteme wieder einen Fall der Durchführung technischer Arbeit zur zusätzlichen Ausrüstung der Positionen im diesem Gebiet durch Kämpfer des 503. Bataillons der 35. Brigade der BFU registriert.
Wir halten es für wichtig, die Aufmerksamkeit der internationalen Beobachter auf die anhaltenden Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen der ukrainischen Kämpfer im Gebiet von Schumy in der Nähe eines Objekts der zivlen Infrastruktur – der Leitungen des Kanals „Sewerskij Donez – Donbass“, das Wasser für mehr als zwei Mio. Menschen liefert - zu lenken.
Die Soldaten der Volksmiliz der DVR setzen die Beobachtung des Gegners fort, sie sind bereit, auf Befehl des Kommandos adäquat auf die verschiedenen Arten von Provokationen zu reagieren.
Die ukrainischen Straftruppen behindern aktiv die Beobachter der OSZE-Mission beim Monitoring der Einhaltung der Bedingungen der Friedensinitiativen.
Wir haben bemerkt, dass um die Verstöße im Verantwortungsbereich der 56. Brigade der BFU in den Gebieten von Peski und Opytnoje zu verheimlichen, eine Station zur Funkunterdrückung „Bukowel-AD“ einer mobilen Gruppe aus dem 306. Bataillon für elektronische Kriegsführung der BFU aktiv ist, die die Leitungs- und Navigationssignale von Drohnen der OSZE-Mission blockiert.
Nach unseren Informationen hat das Kommando des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ den Einsatz **eines Filmteams des ukrainischen Fernsehsenders „Donbass.ua“ im Gebiet von Wodjanoje** geplant. Dabei hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodol Gnatow angewiesen, Karten von Minenfeldern und gefahrlose Routen im Verantwortungsbereich der 36. Brigade zur Verfügung zu stellen.
Die inszenierten Videoreportagen werden unter Leitung von Offizieren des 83. Zentrums für informationspsychologische Operationen erstellt. Die Propagandisten sollten eine Videoreportage erstellten, die die Volksmiliz der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung beschuldigt, bei dem am 7. Dezember ein „Verteidiger“ der Ukraine starb und zwei weitere in ernstem Zustand in einem Krankenhaus in Mariupol ärztlich behandelt werden, wo Kameraden für sie Blut spenden.
Wir schließen nicht aus, dass die Besorgnis des ukrainischen Kommandos mit drei nicht kampfbedingten Verlusten zusammenhängt, unter denen ein Kämpfer des „Rechten Sektors“ mit Codenamen „Shigul“ ist.

snanews.de: **Türkei entscheidet sich gegen russischen Corona-Impfstoff – Kreml kommentiert**
Die Türkei hat sich laut Gesundheitsminister Fahrettin Koca gegen den Einkauf des russischen Impfstoffes gegen das Coronavirus entschieden. Das Mittel Sputnik V entspräche nicht dem Qualitätssicherungssystem GLP, begründete Koca die Entscheidung. Die russischen Behörden loben den im Sommer vorgestellten Impfstoff als wirksam.
Über den Verzicht der Türkei auf die Anschaffung von Sputnik V informierte Koca am Mittwoch.
„Das Problem besteht darin, dass der russische Impfstoff nicht der GLP (Gute Laborpraxis) entspricht und daher nicht mehr in unserem Interesse ist“, sagte er nach Angaben des türkischen Senders Haberturk.
Wie Sputnik aus dem Russischen Fonds für Direktinvestitionen erfuhr, wird mit der Türkei weiter über die Lieferung verhandelt. Das Gremium hatte die Entwicklung des Impfstoffes finanziert. „Die Verhandlungen mit der Türkei werden fortgesetzt“, sagte ein Sprecher, der anonym bleiben wollte.
Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, bezeichnete Sputnik V als äußert wirksam.

„Die Ergebnisse von Tests und Studien zeugen davon, dass dieser Impfstoff sehr wirksam und zuverlässig ist und im Kampf gegen die Pandemie eine sehr wichtige Rolle spielen kann und wird“, so der Kreml-Sprecher auf die Frage, ob die Bedenken der Türkei begründet seien.